



Niederschrift

4. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität

Sitzungstermin:	Donnerstag, 28.11.2019
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	22:06 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	Leitung der Sitzung
---------------------	--------------------------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Leon Troche	SPD	bis 18:30 Uhr
Frau Tina Lange	DIE LINKE	ab 18:05 Uhr
Herr Matthias Finken	CDU	
Frau Dr. Anja Laabs	DIE aNDERE	
Herr Sebastian Olbrich	AfD	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Jens Dörschel	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Pete Heuer	SPD

sachkundige Einwohner

Herr Maximilian Adams	
Frau Dr. Sophie Haebel	
Herr Dr. Matthias Kretschmer	
Herr Jan Kuppert	DIE aNDERE
Frau Elke Lentz	SPD
Herr Norbert Wilke	

Beigeordnete

Herr Bernd Rubelt	BGO f. d. GB4
-------------------	---------------

Frau Kathleen Krause (Ortsvorsteherin Golm) zum TOP 4.2

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Uwe Adler	SPD	entschuldigt
Herr Fabian Twerdy	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Michél Berlin	DIE LINKE	entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Björn Teuteberg	Freie Demokratische Partei	entschuldigt
Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Klaus Rietz		entschuldigt
------------------	--	--------------

Gäste

Frau Gabriele Kosel	(Bereich Infrastruktur- und Straßenverwaltung) zu TOP 3.1
Herr Siegfried Weise	(Geschäftsstelle Bauen) zu TOP 3.2
Herr Norman Niehoff	(Bereich Verkehrsentwicklung) zu TOP 4.1, 4.2, 4.8, 4.13, 5.1
Frau Kathleen Krause	(Ortsvorsteherin Golm) zu TOP 4.2
Herr Torsten Wustrack	(Bereich Verkehr und Technik) zu TOP 4.3, 4.6, 4.12, 4.14, 4.15
Frau Dana Fiebig	(Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt) zu TOP 4.4
Herr Thomas Schenke	(Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) zu TOP 4.7, 4.11,
Herr Lars Schmäh	(Bereich Umwelt und Natur) zu TOP 4.10
Herr Markus Schneider	(Anwohner) Rederecht zu TOP 4.12
Frau Martina Woiwode	(Bereich Verkehrsanlagen) zu TOP 5.2, 5.3

Schriftführer/in:

Frau Anhoff

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.10.2019 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Vor Einbringung in die Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 1. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 19/SVV/1176
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(alle OBR, FA, KUM)
- 3.2 Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes
2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024
Vorlage: 19/SVV/1174
Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Institut für Agrartechnik und Bioökonomie Bornim (ATB) ohne Umwege direkt an
den Hauptbahnhof anbinden
Vorlage: 19/SVV/0750
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(Wiedervorlage aus KUM 26.9.2019/ Abstimmung EA Hr. Menzel v. 28.8.2019)
- 4.2 Innovative Radverkehrslösung in Golm
Vorlage: 19/SVV/0037
Einreicher: Dr. Saskia Ludwig, Ortsvorsteherin Golm
(erneute Überweisung in Fachausschuss [KUM] nach Behandlung im KOUL
21.2.2019)
- 4.3 Ampelanlagen mit Abbiegespiegeln verbessern
Vorlage: 19/SVV/0996
Einreicher: Fraktion CDU
(nur KUM)
- 4.4 Umgang mit E-Scootern
- 4.4.1 Vorstellung Umgang mit E-Scootern in der LHP
Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt
- 4.4.2 Regeln zur Nutzung von E-Scootern in Potsdam
Vorlage: 19/SVV/0997
Einreicher: Fraktion CDU
(nur KUM)
- 4.5 Treibhausgasneutralität neuer Investitionen
Vorlage: 19/SVV/1029
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke

- (SBWL, KUM, WA KIS)
- 4.6 Straßenlaternen zu Ladesäulen
Vorlage: 19/SVV/1063
Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen
(nur KUM)
- 4.7 Kein Kanalsprint im Trinkwasser
Vorlage: 19/SVV/1079
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
(B/Sp., KUM, HA)
+ AA Bündnis 90/Die Grünen v. 4.11.2019
- 4.8 Änderung der Stellplatzsatzung
Vorlage: 19/SVV/1091
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
(GSWI, SBWL, KUM)
- 4.9 Nachhaltige Bauweise beim Neubau öffentlicher Gebäude
Vorlage: 19/SVV/1147
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
(SBWL, KUM, WA KIS)
- 4.10 Verbesserung rechtlicher Regelungen zum Vogelschutz
Vorlage: 19/SVV/1148
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
(nur KUM)
- 4.11 Baumpaten gesucht
Vorlage: 19/SVV/1157
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
(nur KUM)
- 4.12 Querungshilfe am Kindergarten in Bornim
Vorlage: 19/SVV/1160
Einreicher: Fraktionen DIE LINKE; DIE aNDERE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen
(nur KUM)
- 4.13 Sicherheit von Fahrradfahrern an Kreuzungen
Vorlage: 19/SVV/1164
Einreicher: Fraktion CDU
(nur KUM)
- 4.14 Tempo 30 Potsdamer Straße
Vorlage: 19/SVV/1130
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 4.15 Durchfahrtsverbot für LKW
Vorlage: 19/SVV/1212
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
KUM, HA
(Mitteilungsvorlage)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Berichterstattung "Schwerpunkte der Fortschreibung des STEK Verkehr"
(gem. DS 18/SVV/0748)
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.2 Berichterstattung zum Stand der Ausbauplanung Brandenburger Straße

- Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 5.3 Berichterstattung zum Stand der Planung Busspur Geltow/Potsdam
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 5.4 Information zum Grundgerüst Klimarat
Koordinierungsstelle Klimaschutz
- 5.5 Berichterstattung "Fortsetzung des Brandenburger 1000-Speicher Programms
(gem. Beschluss zur DS 19/SVV/0714)
Koordinierungsstelle Klimaschutz
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Walter, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.10.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung vom 24.10.2019 gibt es keine Einwendungen. Sie wird mit 4:0:3 bestätigt.

Zur Tagesordnung ergehen die Bitten,

- die Tagesordnungspunkte 4.5 „Treibhausgasneutralität neuer Investitionen“ und 4.9 „Nachhaltige Bauweise beim Neubau öffentlicher Gebäude“ zurückzustellen – beide Anträge werden nochmals vom Einreicher beraten
- den Tagesordnungspunkt 4.8 „Änderung der Stellplatzsatzung“ dem SBWL folgend bis voraussichtlich August 2020 zurückzustellen
(Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und ländliche Entwicklung vom 26.11.2019 wurde durch die Verwaltung berichtet, dass davon ausgegangen werde, etwa Mitte nächsten Jahres eine umfangreiche Veränderung der Stellplatzsatzung in den politischen Raum zu geben. Es erging die Empfehlung, die Aufbereitung abzuwarten und den Antrag mit dieser gemeinsam zu behandeln. [Anm. der Protokollantin])
- den Tagesordnungspunkt 4.12 „Querungshilfe am Kindergarten in Bornim“

vorzuziehen und vor 4.1 zu behandeln.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Es liegt folgender Antrag auf Rederecht vor:

- zum Tagesordnungspunkt 4.12 „Querungshilfe am Kindergarten in Bornim“ für Herrn Markus Schneider (Anwohner)

Das Rederecht wird einstimmig gewährt.

zu 3 Vor Einbringung in die Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 1. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 19/SVV/1176

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(alle OBR, FA, KUM)

Frau Kosel (Bereich Infrastruktur- und Straßenverwaltung) bringt die Vorlage ein und geht auf die Neuerungen sowie auf spezielle Wohngebiete ein (siehe Begründung zur Beschlussvorlage).

Herr Wilke fragt, wie eine Erhöhung von zu beseitigendem Laub zustande kommt und wie sich die hohen Kosten im Bereich des Winterdienstes erklären, obwohl hier weniger Aufwand zu verzeichnen ist.

Frau Kosel erklärt, dass im Zusammenhang mit dem Winterdienst hohe Fixkosten bestehen, die unabhängig von den tatsächlichen Einsätzen anfallen. Die Laubbeseitigung wurde flächenmäßig ausgeweitet, sodass in der Summe mehr Laub zu entsorgen ist, was die Kosten erhöht. Zudem gestaltet sich die Entsorgung zunehmend schwieriger, da die Kapazitäten der hiesigen Entsorger knapp werden.

Frau Dr. Laabs erkundigt sich nach dem Sachstand bezüglich der Laubbläser und danach, wie die Laubbeseitigung auf Grünflächen funktioniert. Zudem gebe es Fälle, in denen die Straßenreinigung auf die Miete umgeschlagen werde. Sie möchte wissen, wie damit umgegangen werden kann.

Frau Kosel erklärt, dass ein Verzicht von Laubbläsern geprüft wurde. Aus zeitlichen - wie auch Kapazitätsgründen ist das bei der Menge an Laub, die im Stadtgebiet zu bewältigen ist, nicht möglich. Jedoch sind die verwendeten Geräte überwiegend Batteriebetrieben. Auf Straßenbegleitgrün, das zur Straße zählt, wird das Laub komplett entfernt, auf anderen Grünflächen, aus naturschutzfachlichen Gründen, nur teilweise.

Herr Schenke geht ergänzend auf die Frage nach einer Kostenumlage auf die

Miete ein.

Herr Heuer regt an, in der Darstellung der finanziellen Auswirkungen der Beschlussvorlage die Bezeichnungen Vorjahr/Folgejahr durch die konkrete Jahreszahl zu ersetzen.

Frau Kosel informiert, dass es sich hier um ein Formular handelt und diese Bezeichnungen vom Bearbeiter nicht geändert werden können.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam einschließlich der Anlage „Straßenverzeichnis“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig angenommen.

zu 3.2 Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024
Vorlage: 19/SVV/1174

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103

Herr Weise (Geschäftsstelle Bauen) bringt die Vorlage ein und erläutert sie anhand einer Präsentation, die diesem Protokoll anhängt. Er informiert hinsichtlich der Belange des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt und erläutert die Schwerpunkte. Dabei geht er auf die Bereiche, Umwelt und Natur, Stadtplanung und Stadterneuerung, Grün- und Verkehrsflächen, Koordinierung Klimaschutz sowie das strategische Ziel der umweltgerechten Mobilität ein.

Auf Nachfragen zum Radverkehr und öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) geht Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) ein.

Auf die Frage von Frau Lange, ob die im Radverkehrskonzept in der Priorität I festgelegten Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden, gibt er an, dass die Priorität I eine Umsetzung bis 2025 vorsieht.

Herr Finken sieht eine Schieflage in Bezug auf die Straßeninstandsetzung.

Herr Rubelt wie auch Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) weisen darauf hin, dass diese Diskussion nicht am Ergebnishaushalt allein zu führen ist, sondern immer im Zusammenhang mit den Investitionen zu betrachten sei. Investive Mittel werden jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert,

dies sieht das System zurzeit noch so vor.

Herr Dörschel regt für die Zukunft an, bereits zur Diskussion über die Eckwerte Aussagen zur Verteilung der Investitionsmittel vorzunehmen.

Frau Dr. Laabs bringt einen Ergänzungsantrag für die Fraktion DIE aNDERE ein, den sie verliest, jedoch noch nicht schriftlich vorlegen kann.

Der Vorsitzende bittet die einbringende Fraktion, den Ergänzungsantrag über das Büro der Stadtverordnetenversammlung ins Ratsinformationssystem einstellen zu lassen.

Er schlägt vor, die Beschlussvorlage heute in 1. Lesung zu behandeln, zur 2. Lesung liegt dann auch der Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE vor.

Der Vorschlag wird mit 6:0:1 **angenommen**.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.12 Querungshilfe am Kindergarten in Bornim

Vorlage: 19/SVV/1160

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE; DIE aNDERE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen (nur KUM)

Herr Schneider nimmt sein Rederecht wahr. Als Anwohner kennt er die in Rede stehende Stelle. Hier bestehe eine unsichere Verkehrslage: schwer einsehbar, ständige Geschwindigkeitsübertretungen, die nicht kontrolliert werden auf einer stark befahrenen Straße. Er appelliert an die Stadtverordneten, diesen Standort durch Experten bewerten zu lassen und wünscht sich hierfür ein Gesamtkonzept, welches die Sicherheit der Fußgänger dort als Maßstab nimmt. Er glaubt nicht, dass eine Querung in diesem Bereich viel bewirken würde, er plädiert für mehr Kontrollen des bestehenden Tempolimits, dies sei seiner Ansicht nach zielführender.

Frau Lange bringt den Antrag ein und begründet ihn. Sie bittet um Zustimmung.

Herr Wustrack (Bereich Verkehr und Technik) berichtet, dass im Jahr 2015 verschiedene Maßnahmen für diesen Standort geprüft wurden, auch unter Mitwirkung der Kitaleitung (Kita Neunmalklug) und Elternvertretern. Einige Maßnahmen waren nicht möglich, sodass man sich für die in 2017 umgesetzte Variante entschied. Hier wurden sowohl der Parkplatz neu geordnet, als auch ein neuer Gehweg angelegt und Gehwegabsenkungen realisiert, um die Straßenquerung sicherer zu machen.

Die polizeiliche Unfallstatistik weist diesen Bereich nach wie vor als unauffällig aus. Das notwendige Verwaltungsverfahren zur zeitlichen Ausdehnung der dortigen Tempo-30-Strecke (aktuell Montag bis Freitag, 6 bis 17 Uhr) wurde

durchgeführt. Die Kontrolle des Tempolimits obliegt der Polizei, die auch vor Ort aktiv sei. Eine Kontrolle durch Radargeräte sei in diesem Bereich aufgrund der Kurvenlage nicht möglich.
Im Ergebnis sei der Bereich ausgeplant und der Antrag daher abzulehnen.

Auf diverse Vorschläge und Rückfragen geht Herr Wustrack ein. Unter anderem wird geklärt, warum eine Ampel, ein Zebrastreifen, „Hindernisse“ auf der Fahrbahn sowie eine festinstallierte Blitzeranlage in diesem Bereich nicht funktionieren.

Herr Dörschel plädiert dafür, den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

Herr Rubelt schlägt die Prüfung einer testweisen Aufstellung einer Geschwindigkeitsanzeigetafel vor. Seiner Ansicht nach könnte diese Maßnahme in diesem Bereich schon etwas bewirken. Die Verwaltung nimmt diesen Prüfauftrag mit.

Den Anregungen aus der Debatte folgend ändern Frau Lange und Herr Finken den Antrag wie unten stehend.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wenn ja, wie am Kindergarten an der Mitschurinstraße/Hugstrasse an geeigneter Stelle aus Gründen der Sicherheit und Ordnung ~~eine geeignete Querungshilfe~~ **weitere Verkehrssicherungsmaßnahmen (z. B. Querungshilfe, Geschwindigkeitsanzeigetafel, häufigere temporäre oder stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen, dauerhafte Geschwindigkeitseinschränkung auf 30 km/h)** entsprechend § 45 StVO eingerichtet werden ~~kann~~ **können**.
~~Ebenfalls soll die bestehende zeitliche Einschränkung der Tempo 30-Zone geprüft werden, mit dem Ziel, die Einschränkung gänzlich aufzuheben.~~

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist dazu im Februar 2020 zu berichten. ~~Der Stadtverordnetenversammlung ist dazu in ihrer Sitzung im Dezember 2019 zu berichten.~~

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

**zu 4.1 Institut für Agrartechnik und Bioökonomie Bornim (ATB) ohne Umwege
direkt an den Hauptbahnhof anbinden**

Vorlage: 19/SVV/0750

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

(Wiedervorlage aus KUM 26.9.2019/ Abstimmung EA Hr. Menzel v. 28.8.2019)

Die Debatte zum Antrag erfolgte in der Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität am 26.9.2019. Nicht abgestimmt wurde in dieser Sitzung der Ergänzungsantrag des Stadtverordneten Menzel, was hiermit nachgeholt wird (Anm. der Protokollantin).

Herr Menzel bringt seinen Ergänzungsantrag ein und begründet ihn.

- „Die Linie 604 von Falkensee nach Potsdam ist ebenfalls in einer direkten Anbindung ohne Umsteigen in die Tram an den Potsdamer Hauptbahnhof zu führen.
- Die Linie 638 vom Bahnhof Berlin-Spandau zum Hauptbahnhof Potsdam ist ebenfalls in einer direkten Anbindung ohne Umsteigen in die Tram an den Potsdamer Hauptbahnhof zu führen.“

Im Ortsbeirat Groß Glienicke wurde die Ergänzung einstimmig befürwortet.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) stellt fest, dass die Forderung des Ergänzungsantrags bereits Prüfgegenstand war und im Ergebnis negativ ausgefallen sei. Parallelverkehre seien hier nicht möglich und auch nicht sinnvoll. Der Ergänzungsantrag sei daher abzulehnen.

Herr Dörschel plädiert dafür, über eine Lösung zwischen den Bahnhöfen Potsdam und Spandau nachzudenken, jedoch sei der hier diskutierte Ergänzungsantrag nicht sinnvoll.

Herr Olbrich sieht an dem diskutierten Standort entgegen der Verwaltung sehr wohl Parallelverkehre als sinnvolle Möglichkeit.

Herr Rubelt erinnert an die in der Vergangenheit bereits ausführlich geführte Debatte dieser Thematik. Die Landeshauptstadt Potsdam hat Leistungsfähigkeitsprobleme zu lösen, Parallelverkehre sind hier nicht zielführend.

Auch Herr Heuer weist darauf hin, dass die Forderung aus dem Ergänzungsantrag bereits geprüft wurde. Das müsse nicht wiederholt werden. Zudem hat er die Rückmeldung, dass das Umsteigen an besagter Stelle mittlerweile gut funktioniert. Der Ergänzungsantrag ist daher abzulehnen und die neue Fassung, die hier bereits beschlossen wurde, auf den Weg zu bringen.

Herr Finken stimmt den Ausführungen von Herrn Heuer zu. Er vermisst jedoch in der neuen Fassung eine Kapazitätsprüfung und stellt den Antrag auf Ergänzung des Satzes „Dabei ist die Auslastung der Tramlinie 92 zu berücksichtigen.“, der

am Ende des ersten Absatzes der neuen Fassung vom 23.9.2019 eingefügt werden soll.

Herr Menzel ändert seinen Ergänzungsantrag in einen Prüfauftrag.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Ergänzungsantrag von Herrn Menzel zur Abstimmung.

Ebenfalls zu prüfen ist,

- Die Linie 604 von Falkensee nach Potsdam ist ebenfalls in einer direkten Anbindung ohne Umsteigen in die Tram an den Potsdamer Hauptbahnhof zu führen.
- Die Linie 638 vom Bahnhof Berlin-Spandau zum Hauptbahnhof Potsdam ist ebenfalls in einer direkten Anbindung ohne Umsteigen in die Tram an den Potsdamer Hauptbahnhof zu führen.

Abstimmungsergebnis: mit 1:6:0 abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt die geänderte neue Fassung (vom 23.9.2019) zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Erarbeitung des neuen Nahverkehrsplans zu prüfen, wie das Leibniz-Institut für Agrartechnik und Bioökonomie (ATB) in Bornim umstiegsfrei an einen der Potsdamer Regionalbahnhöfe angebunden werden kann. Dabei ist die Auslastung der Tramlinie 92 zu berücksichtigen.

Dabei sollen insbesondere folgende Optionen geprüft werden:

- **Direkte Anbindung an den Bahnhof Golm**
 - z.B. durch Integration in die von den Ortsbeiräten Golm und Eiche gewünschte Ringbusverbindung;
 - durch geänderte Linienführungen der Linien 698 (Kirschallee – Campus Jungfernsee), 692 (Klinikum – Institut für Agrartechnik), 612 (Kirschallee - Bhf Golm/Universität);
- **Direkte Anbindung an den Hauptbahnhof**
 - ohne Umwege z.B. über die Breite Straße, die Schopenhauerstraße und die Bornstedter Straße zur Tramendhaltestelle Kirschallee und dann wie bisher über die Potsdamer Straße und die Rückertstraße. Die Linie 692 könnte dann entsprechend um den Streckenabschnitt von der Kirschallee bis zum ATB verkürzt werden;

- **Direkte Anbindung an den Bahnhof Sanssouci**
 - über einen Lückenschluss über die Amundsenstraße.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4.2 **Innovative Radverkehrslösung in Golm**

Vorlage: 19/SVV/0037

Einreicher: Dr. Saskia Ludwig, Ortsvorsteherin Golm
(erneute Überweisung in Fachausschuss [KUM] nach Behandlung im KOUL
21.2.2019)

Frau Krause (Ortsvorsteherin Golm) stellt fest, dass die Bewerbungsfrist für die im Antrag geforderte Bewerbung abgelaufen ist. Nachdem dieser Antrag im ehemaligen Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung bereits einmal abgelehnt wurde, möchte sie jedoch wissen, warum dieses Projekt von der Verwaltung nicht befürwortet wurde.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) führt aus, dass die Gelder der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) an Prioritäten gebunden seien. Diese Prioritäten stehen an erster Stelle. Denn auch bei einer Förderung, die nie zu einhundert Prozent ausfällt, fallen immer noch Kosten für die LHP an. Beides, bestehende Prioritäten und neue Projekte, kann von der LHP nicht bewältigt werden. Zudem erfüllte das vorgeschlagene Projekt nicht in Gänze die Anforderungen für eine entsprechende Förderung.

Herr Heuer stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag für durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

Für und gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht niemand.

Abstimmungsergebnis: mit 6:0:1 angenommen.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag DS 19/SVV/0037 als durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

zu 4.3 **Ampelanlagen mit Abbiegespiegeln verbessern**

Vorlage: 19/SVV/0996

Einreicher: Fraktion CDU
(nur KUM)

Herr Finken bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Herr Wustrack (Bereich Verkehr und Technik) informiert über die Ergebnisse aus Münster, die diesen Versuch bereits unternommen haben. Laut einer aktuellen Evaluierung haben die Spiegel hier keine erkennbare Wirkung. Abbiegeassistenzsysteme haben sich in diesem Zusammenhang bislang als einziges wirksames technisches Mittel erwiesen.

Zudem bestehe hier eher die Gefahr einer Scheinsicherheit und könnte unter Umständen zu einer Verringerung der Aufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmer führen. Die Verwaltung empfiehlt daher, den Antrag abzulehnen.

Herr Wilke erkundigt sich nach der Möglichkeit, an ausgewählten Standorten testweise gesponserte Abbiegespiegel zu installieren.

Herr Wustrack teilt mit, dass dies von der Verwaltung kritisch gesehen werde und ihm auch keine geeigneten Standorte bekannt sind.

Herr Finken stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag für durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

Für und gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht niemand.

Abstimmungsergebnis: mit 6:0:1 **angenommen**.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag 19/SVV/0996 für durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

zu 4.4 Umgang mit E-Scootern

zu 4.4.1 Vorstellung Umgang mit E-Scootern in der LHP

Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt

Frau Fiebig (Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt) berichtet zum aktuellen Sachstand entsprechend der anliegenden Präsentation.

In den mit den Anbietern getroffenen Vereinbarungen sind bereits Regelungen zur Nutzung enthalten. Eine Mustervereinbarung gibt sie zur Ansicht aus. Regelmäßige Gespräche der Verwaltung mit den Anbietern seien bisher höchst konstruktiv verlaufen.

Für Bürgerinnen und Bürger gibt es die Möglichkeit, Beschwerden telefonisch oder über den Maerker aufzugeben, die dann von der Verwaltung an den Anbieter weitergegeben werden. In der Regel funktioniert dieses Vorgehen reibungslos.

Es ergeht das Angebot an die Mitglieder, für die weiteren Gespräche mit den Anbietern Anregungen und Hinweise zu sammeln. Diese können an Frau Anhoff geschickt werden.

Im März 2020 könne dann hier im Ausschuss erneut berichtet werden. Damit empfiehlt die Verwaltung den Antrag unter TOP 4.4.2 „Regeln zur Nutzung von E-Scootern in Potsdam“ als durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

Herr Wustrack (Bereich Verkehr und Technik) ergänzt, dass die Anbieter in Potsdam auf freiwilliger Basis agieren und zwischen ihnen und der Landeshauptstadt ein sehr guter Draht besteht.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

zu 4.4.2 Regeln zur Nutzung von E-Scootern in Potsdam

Vorlage: 19/SVV/0997

Einreicher: Fraktion CDU

(nur KUM)

(sh. Berichterstattung zu TOP 4.4.1)

Herr Finken stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag zurückzustellen und die weitere Berichterstattung zu dem Thema im März 2020 abzuwarten. Dann soll über den Antrag entschieden werden.

Für und gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht niemand.

Abstimmungsergebnis: einstimmig **angenommen**.

Der Antrag 19/SVV/0997 wird bis nach der weiteren Berichterstattung der Verwaltung im März 2020 im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität zurückgestellt.

zu 4.5 Treibhausgasneutralität neuer Investitionen

Vorlage: 19/SVV/1029

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke (SBWL, KUM, WA KIS)

Zurückgestellt (siehe Abstimmung zur Tagesordnung)

zu 4.6 Straßenlaternen zu Ladesäulen

Vorlage: 19/SVV/1063

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen (nur KUM)

Frau Lange bringt den Antrag ein.

Herr Wustrack (Bereich Verkehr und Technik) teilt für die Verwaltung mit, die geforderte Prüfung vornehmen zu können. Ein Ergebnis sollte bis Juni 2020 vorliegen.

Nach Klärung einer Verständnisfrage ergänzt Frau Lange für den Antragsteller den Antrag im ersten Absatz nach dem Wort Elektrofahrzeuge um die Präzisierung „(Autos, Fahrräder etc.)“.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit den Stadtwerken einen Weg zu finden, wie sich die Potsdamer Straßenlaternen, nach dem Vorbild anderer deutscher Städte, zu Ladesäulen für Elektrofahrzeuge (**Autos, Fahrräder etc.**) umrüsten lassen.

Ein Konzept, das auch die mögliche Akquirierung von Fördermitteln beinhaltet, ist der Stadtverordnetenversammlung im ersten Halbjahr 2020 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

(Herr Olbrich zur Abstimmung nicht im Raum)

zu 4.7 **Kein Kanalsprint im Trinkwasser**

Vorlage: 19/SVV/1079

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

(B/Sp., KUM, HA)

+ ÄA Bündnis 90/Die Grünen v. 4.11.2019

Frau Dr. Laabs bringt den Antrag ein.

Herr Dörschel bringt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein und ergänzt ihn wie folgt:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich in Gesprächen mit dem Veranstalter des alljährlichen Kanalsprints dafür einzusetzen, dass für den Kanalsprint zukünftig kein Trinkwasser, sondern Havelwasser genutzt wird. **Anderenfalls soll kein Sponsoring durch städtische Betreiber mehr erfolgen.**“

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) grenzt die Problematik auf die Frage, ob der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) vorgeschrieben werden kann, jemandem kein Trinkwasser zu liefern, ein. Denn darauf würde der Antrag hinauslaufen. Dies wäre nicht möglich. Das Gespräch mit dem Veranstalter zu suchen, hält er hingegen für einen guten Weg.

Die Frage von Herrn Heuer, ob durch die Trinkwasserentnahme für den Stadtkanal das Grundwasser beeinträchtigt werde, verneint Herr Schenke. Er weist jedoch auf den hohen Aufwand, Wasser aus der Havel in den Stadtkanal zu verbringen hin.

Herr Heuer hält beide Anträge für nicht zielführend, wenn die Entnahme von Oberflächenwasser aus der Havel einen größeren Aufwand bedeutet.

Frau Lange plädiert für die Beschlussfassung aus dem Ausschuss für Bildung und Sport vom 19.11.2019:

„Der Oberbürgermeister wird - auch in seiner Funktion als städtischer Vertreter in der Gesellschafterversammlung städtischer Betriebe - beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass für ~~Wassersportveranstaltungen im Stadtkanal Potsdam~~ **ab spätestens 2021 kein Trinkwasser mehr zur Verfügung gestellt wird und kein Sponsoring durch städtische Betriebe mehr erfolgt. nicht mehr in Trinkwasser stattfinden.**“

Frau Dr. Laabs wendet unter anderem ein, warum diese Veranstaltung nicht direkt auf der Havel stattfindet.

Herr Walter weist auf eine künftig drohende Trinkwasserknappheit hin. Aufgrund einer reduzierten Trinkwasserneubildung werde es in der Zukunft zu Versorgungsengpässen kommen.

Herr Finken sieht in der Gesamtbilanz die Nutzung von Havelwasser als nicht zielführend. Der Kanalsprint sei jedoch ein wichtiges Event für Potsdam, das über dessen Grenzen hinaus bekannt ist.

Herr Wilke hält die Entscheidung gegen die Nutzung von Trinkwasser für ein wichtiges Symbol.

Nach kontroverser Diskussion stellen Frau Dr. Laabs und Herr Kuppert den Antrag für den Antragsteller zurück, um ihn nochmals in der Fraktion zu beraten.

zu 4.8 Änderung der Stellplatzsatzung

Vorlage: 19/SVV/1091

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
(GSWI, SBWL, KUM)

Zurückgestellt (siehe Abstimmung zur Tagesordnung)

zu 4.9 Nachhaltige Bauweise beim Neubau öffentlicher Gebäude

Vorlage: 19/SVV/1147

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
(SBWL, KUM, WA KIS)

Zurückgestellt (siehe Abstimmung zur Tagesordnung)

zu 4.10 Verbesserung rechtlicher Regelungen zum Vogelschutz

Vorlage: 19/SVV/1148

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
(nur KUM)

Frau Dr. Laabs bringt den Antrag ein.

Herr Schmäh (Bereich Umwelt und Natur) teilt mit, das die Prüfung

antragsentsprechend vorgenommen werden kann. Er bittet um Anpassung der Terminstellung auf März 2020 im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität.

Frau Dr. Laabs übernimmt die terminliche Anpassung.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, welche Maßnahmen die Landeshauptstadt Potsdam treffen kann, um den Vogelschutz zu verbessern und die Zahl der Unfälle von Vögeln an Fenstern, Gebäudefassaden, Haltestellen und Lärmschutzwänden zu reduzieren.

Insbesondere soll geprüft werden

1. welche Maßnahmen zum Vogelschutz bei Neubau und Sanierung städtischer Gebäude getroffen werden können,
2. welche Maßnahmen zum Vogelschutz an städtischen Bestandsgebäuden umgesetzt werden können und
3. welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, Maßnahmen zum Vogelschutz festzusetzen:

- a) in einer kommunalen Vogelschutzsatzung
- b) in Gestaltungssatzungen
- c) in der kommunalen Bauleitplanung
- d) bei der Bearbeitung von Bauanträgen.

Das Prüfergebnis soll **im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität im März 2020** ~~den Stadtverordneten im Januar 2020~~ vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4.11 Baumpaten gesucht

Vorlage: 19/SVV/1157

Einreicher: Fraktion DIE LINKE
(nur KUM)

Frau Lange bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) gibt an, dass dem Antrag gefolgt werden kann. Er bittet lediglich um Anpassung des Termins der Mitteilung des Ergebnisses, welches im März 2020 in diesem Ausschuss vorgestellt werden kann.

Frau Lange stimmt diesem Vorgehen für den Antragsteller zu.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die 2017 ins Leben gerufene Aktion: Für ein grünes Potsdam - Gestaltung und Pflege von Straßengrün; Baumpatenschaften attraktiver zu gestalten. Dabei sind den Bürgerinnen und Bürgern weitere, auch niederschwelligere und konkretere Angebote zu unterbreiten. Der Eigeninitiative zur Pflanzung von Bäumen durch Bürgerinnen und Bürger sollte mehr Raum gegeben und Angebote auch zu geringeren Kostenbeträgen sollten ergänzt werden.

Es sind Möglichkeiten zur Kennzeichnung des bepflanzten Baumes mit Angaben zur Spenderin/ zum Spender und ggf. Anlass der Pflanzung zu ergänzen.

Über das Ergebnis ist **im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität im März 2020** ~~die Stadtverordnetenversammlung im 1. Quartal 2020~~ zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4.13 Sicherheit von Fahrradfahrern an Kreuzungen

Vorlage: 19/SVV/1164

Einreicher: Fraktion CDU
(nur KUM)

Herr Finken bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) stellt noch einmal klar, dass der ADAC hier keine aktuelle Untersuchung durchgeführt, sondern lediglich die Umsetzung des Stands der Technik an Kreuzungen in verschiedenen deutschen Städten überprüft hat. Der ADAC hat den Stand der Technik als Ergebnis zur Anwendung empfohlen. Dieser Stand der Technik ist bei der Erstellung des Radverkehrskonzeptes 2017 berücksichtigt worden und es sind entsprechende Maßnahmen definiert. Das Radverkehrskonzept 2017 wurde unter der Drucksachenummer 17/SVV/0020 beschlossen und bildet die Grundlage des weiteren Verwaltungshandelns. Eine weitere Untersuchung ist daher aktuell nicht notwendig und der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt.

Herr Kuppert stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag für durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

Für und gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht niemand.

Der Vorsitzende stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag 19/SVV/1164 als durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

Abstimmungsergebnis: mit 5:2:0 angenommen.

zu 4.14 Tempo 30 Potsdamer Straße

Vorlage: 19/SVV/1130

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)

Herr Wustrack (Bereich Verkehr und Technik) verweist auf die Mitteilungsvorlage und steht für Rückfragen zur Verfügung.

Auf die Bitte um Klarstellung des Umfanges der beschriebenen Maßnahme von Herrn Kuppert und Herrn Heuer geht Herr Wustrack ein.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 19/SVV/1130 zur Kenntnis.

zu 4.15 Durchfahrtsverbot für LKW

Vorlage: 19/SVV/1212

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
KUM, HA
(Mitteilungsvorlage)

Herr Wustrack (Bereich Verkehr und Technik) verweist auf die Mitteilungsvorlage und steht für Rückfragen zur Verfügung.

Herr Heuer empfiehlt, sich die Kordonenerhebung 2016 anzuschauen, die bestätigt, dass es sich hier eher um eine gefühlte Belastung durch LKW handelt.

Frau Dr. Laabs erkundigt sich, ob es noch aktuellere Zahlen als aus 2016 gibt.

Herr Wustrack informiert, dass auch andere Untersuchungen eine Belastung durch LKW an dieser Stelle nicht belegen.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 19/SVV/1212 zur Kenntnis.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Berichterstattung "Schwerpunkte der Fortschreibung des STEK Verkehr" (gem. DS 18/SVV/0748)

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) berichtet anhand der diesem Protokoll beigefügten Präsentation. Er informiert weiter, dass es einen Zwischenbericht zur Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes (STEK) Verkehr geben wird.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

zu 5.2 Berichterstattung zum Stand der Ausbauplanung Brandenburger Straße

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) informiert über die untersuchten Steinmuster. Aus sechs in die engere Wahl gezogenen Steinarten sind noch drei im Rennen, die bereits durch die Denkmalpflege, den Bereich Marketing und den Beirat für Menschen mit Behinderung begutachtet wurden. Aus diesen drei Steinen wurde jeweils eine Musterfläche erstellt, die beim Bauhof ausliegen. Zur Begutachtung durch die Mitglieder bietet sie einen gemeinsamen Vor-Ort-Termin an.

Eine Schwierigkeit, die noch der Klärung bedarf, ist das zu installierende Blindenleitsystem. Hier ist noch nicht klar, wo die Führung verlaufen soll bzw. wo sie am sinnvollsten lang zu führen ist. Hierzu wird es noch Gespräche geben.

Daneben sind die nächsten Schritte unter anderem die Anschaffung der Steine, die Ausschreibung der Baumaßnahme sowie die Planung mit den Anliegern.

Frau Woiwode verweist auf die Präsentation aus dem ehemaligen Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 27.11.2018 „2018 Varianten Brandenburger Straße“

(<https://egov.potsdam.de/bi/to020.asp?TOLFDNR=121458#searchword>)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

zu 5.3 Berichterstattung zum Stand der Planung Busspur Geltow/Potsdam

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) führt anhand der Präsentation „Rückstauuntersuchung B1 Zeppelinstraße“, die diesem Protokoll beigefügt ist, zum Sachstand aus.

Der Untersuchungszeitraum beläuft sich auf den 1.1. - 14.10.2019 jeweils in der Zeit von 6 bis 18 Uhr. Sie erläutert die Messung, in deren Folge eine erforderliche Busspur von insgesamt 300 Metern Länge festgestellt wurde. Diese ist nun zu untersuchen. In einem Ortstermin mit dem Landesbetrieb Straßenwesen, der Landesforstbehörde sowie dem Bereich Grünflächen wurde sich ein Bild über die Möglichkeiten der Straßenführung gemacht. Die favorisierte Führung bedingt die Fällung von zehn Alleebäumen. Als nächster Schritt muss ein Fällantrag gestellt

werden, in diesem Rahmen werden dann auch noch einmal die entsprechenden Prüfungen vorgenommen.

Weiter ist die Befreiung vom Planfeststellungsverfahren beabsichtigt. Ein entsprechender Antrag auf Planverzicht ist beim Landesamt für Bauen und Verkehr eingereicht. Der Baustart ist für 2020 vorgesehen.

Auf Verständnisfragen geht Frau Woiwode ein.

Herr Dörschel plädiert bei der Aussicht auf die Fällung von zehn Bäumen für eine wiederholte Abwägung der möglichen Verlaufvarianten.

Frau Woiwode erklärt, dass auch die andere Variante Baumfällungen zur Folge hätte, da bei dieser der Fahrradweg weiter an den Waldrand rücken müsste. Außerdem hat diese den Nachteil, dass der Radverkehr streckenweise nicht mehr von der Busspur getrennt verlaufen würde, was ein zusätzliches Gefahrenpotential darstelle. Die Argumente werden im Verlauf der Beantragung und Genehmigung der Baumfällungen ausgetauscht und abgewogen.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

zu 5.4 Information zum Grundgerüst Klimarat Koordinierungsstelle Klimaschutz

Herr Rubelt gibt folgende Informationen zum Konzept des Grundgerüsts des neu zu konstituierenden Klimarates:

1. Aufgaben

- **Anwalt und Repräsentant des Masterplan (MP) Klimaschutz**
- **Beraterfunktion, Zielkonflikte herausarbeiten**
- **Mediator und Vermittlerfunktion, Stadtdebatte führen**
- **Kontrollfunktion Umsetzung Masterplan Klimaschutz**
- **Impulsgeber Klimaschutzpolitik**
 - Forum für Öffentlichkeit / Plattform für Lösungssuche
 - Beurteilung von Entscheidungsanträgen/-Vorlagen mit wesentlichen Auswirkungen auf den Klimaschutz in Potsdam
 - Beurteilung der zur Förderung oder Prämierung eingereichten Projekte Klimafonds und Gütesiegel
 - Klimafond-Anträge mit Stichtag (1x Ende Mai – 1x September)
 - Wissenstransfer von Innovationen von Forschung in Praxis

2. Mitglieder

10 Mitglieder (m/w Parität):

8 = 1 je Handlungsfeld (Themenschwerpunkt) nach Masterplan Klimaschutz

+ 2 Vertreter von Fridays For Future (Beschluss SVV zum Klimanotstand)

→ jeweils personengebunden, ohne Vertretung, keine Politik, wenig

Wissenschaft

2 „Sprecher“ für Agenda-setting, erweiterter Kreis als öffentliches Forum

Moderation: Herr Rubelt Moderation öffentlicher / nichtöffentlicher Sitzungen

Personen: Ernennung namentlich per Beschluss der Stadtverordnetenversammlung;

Geschäftsführungen der kommunalen Unternehmen werden durch die LHP/ dem Beigeordneten GB4 hinzugeladen – Teilnahme an der Diskussion / ohne Stimmrecht

erweiterter Kreis (städtische Klimakonferenz 1x jährlich):

alle 13 Institutionen der Klimapartnerschaft lt. Lol Unterzeichnende: Landeshauptstadt Potsdam (LHP), Stadtwerke Potsdam (SWP), ProPotsdam, ProWissen Potsdam e. V. (ProWi), Leibniz-Institut für Agrartechnik und Bioökonomie e.V. (ATB), Alfred-Wegener-Institut (AWI), Deutsches GeoForschungsZentrum (GFZ), Hasso-Plattner-Institut (HPI), Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS), Potsdam-Institut für Klimaforschung (PIK), Fachhochschule Potsdam (FHP), Universität Potsdam (UP), Stiftung Baukultur;
+ weitere z. B. Industrie- und Handelskammer (IHK), Handwerkskammer (HWK) (als berufene Mitglieder ähnlich Wirtschaftsrat)

3. Vorstand

- „2 Sprecher“ aus den Reihen der Mitglieder;

4. Arbeitsrhythmus / Arbeitsstruktur

- mindestens 2x jährlich,
 - Jahresthema setzen

mögliche Themen:

- Richtung für die Öffentlichkeitsarbeit
 - Zielkonflikte Mieten
 - Zielkonflikte Verkehr
 - Monitoring Masterplan Klimaschutz
 - Beratung Ausschreibung Energienutzungsplan
- weitere Sitzungen nach Bedarf
 - Facharbeitsgruppen nach Bedarf
 - 1x jährlich Klimakonferenz 1 Tag // als Stadtteilkonferenz z. B. wenn Fortschritte zu berichten sind, z. B. Projekte - dort OBM – Teilnahme → Vorbereitung und Themenschwerpunkte aus der Kerngruppe oder Mitgliedervorschlag, Unterstützung bei Veranstaltungsorganisation durch die Koordinierungsstelle Klimaschutz (KoKli) (403) mögliche Agenda:

1) Umsetzungsstand Masterplan Klimaschutz

2) Darstellung Agendaarbeit Klimarat → mit spielerischen Elementen

- Klimarat tagt öffentlich und nichtöffentlich
 - öffentlich – Debatten über Beschlussanträge und Konzepte

- nichtöffentlich zur Bewertung der Projektanträge Klimafonds und Gütesiegel
- jährliche Berichterstattung an die Stadtverordnetenversammlung (Anbindung und Verknüpfung mit der Berichterstattung zum 1. Aktionsplan)
- erhält das Recht, sich von Unternehmen und Verwaltung Bericht erstatten zu lassen

5. Geschäftsstelle

- Sprecher / unterstützt von Koordinierungsstelle Klimaschutz (403)
- Sprecher verantwortlich für Agenda-setting Tagesordnung / Koordinierungsstelle Klimaschutz unterbreitet Vorschlag
- Koordinierung, Information und Sitzungsvorbereitung: Unterstützung durch Koordinierungsstelle Klimaschutz

6. Sitzungsverfahren

- Beschlüsse mit einfacher Mehrheit
- Empfehlungen an Oberbürgermeister (OBM) zur Entscheidung und Einbringung in die Stadtverordnetenversammlung, nach Behandlung im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität
- Tagung öffentlich und nichtöffentlich
 - öffentlich – Debatten über Beschlusanträge und Konzepte
 - nichtöffentlich zur Bewertung der Projektanträge Klimafonds und Gütesiegel
- Beschlüsse werden durch Sprecher oder benannte Ratsmitglieder öffentlich dargestellt
- Niederschrift: Koordinierungsstelle Klimaschutz, Vorsitzende und ein weiteres Mitglied unterzeichnet

Zu im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität behandelten Themen kann der Klimarat seine Expertise abgeben.

Eine Beschlussvorlage zum Aufbau und Wirkungskreis des Klimarates soll Anfang 2020 in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden.

Frau Dr. Laabs erkundigt sich, ob ein Vorstand notwendig sei und ob es sich hier um Stellen im öffentlichen Dienst handelt.

Herr Rubelt geht auf die Nachfragen ein. Bei den Stellen handelt es sich um Ehrenämter.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

**zu 5.5 Berichterstattung "Fortsetzung des Brandenburger 1000-Speicher Programms
(gem. Beschluss zur DS 19/SVV/0714)
Koordinierungsstelle Klimaschutz**

Herr Rubelt berichtet gemäß des Beschlusses (Drucksache 19/SVV/0714), „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich bei der Landesregierung mit Nachdruck für eine Neuauflage des Brandenburger 1000-Speicherprogramms einzusetzen.“ zur Fortsetzung des Programms.

Das Programm wurde in ähnlicher Form ab 1.11.2019 unter dem Namen Kleinspeicher-Programm wieder aufgelegt. Wegen der großen Nachfrage im alten Programm und gestiegener Wirtschaftlichkeit sind die Zuschussquoten reduziert und das Windhundprinzip eingeführt.

Das Wichtigste zum Programm:

- Zielgruppe: natürliche Personen, die Eigentümer/Miteigentümer eines bestehenden oder eines neu errichteten, ausschließlich zu eigenen Wohnzwecken genutzten, Wohneigentums sind
- Programmstart: 1. November; vorerst werden nur die ersten 500 Anträge angenommen und geprüft
- Konditionen: 30% Zuschuss zu Nettoausgaben, bis max. 3.000€

Frau Dr. Laabs weist hinsichtlich des Verbraucherschutzes auf folgendes hin: Zum einen besteht die Befürchtung, dass nur wirtschaftlich besser gestellte Personen sich dieses Programm leisten können, zum anderen sei die Haltbarkeit der Module eingeschränkt.

Herr Rubelt kann auf die Hinweise nicht eingehen, da es sich hierbei um ein Projekt auf Landesebene handelt.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

zu 6 Sonstiges

Herr Wietschel (Beirat für Menschen mit Behinderung) möchte zwei Punkte zur Barrierefreiheit ansprechen:

1. E-Roller

Er teilt die positive Darstellung aus der Berichterstattung zum Tagessordnungspunkt 4.4.1 nicht. Ungünstig abgestellte E-Roller stellen nach wie vor ein erhebliches Hindernis für Menschen mit Behinderung dar.

2. Behinderungen durch Überfahrbrücken

Bei Veranstaltungen, wie aktuell beim hiesigen Weihnachtsmarkt behindern die Überfahrbrücken, die bei der Kabelverlegung genutzt werden, weiterhin massiv. Von bestimmten Personen sind diese nicht überwindbar. Dies sollte absprachegemäß bei den Planungen für den Weihnachtsmarkt berücksichtigt werden. Was jedoch nicht der Fall ist. Herr Wietschel fragt die Verwaltung, wie

die getroffene Abmachung umgesetzt werden soll.

Die Herstellung der Barrierefreiheit sei nicht so schwer, dennoch habe sich nichts getan. Die Unzufriedenheit der Betroffenen steigt zunehmend, die Geduld sinkt. Die Menschen sind enttäuscht, dass sich hier nichts bewegt.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) ermutigt weiterzumachen und weiterhin gemeinsam an einer Veränderung zu arbeiten. Sie ist sich sicher, gute Lösungen auf den Weg bringen zu können.

Der Vorsitzende dankt Herrn Wietschel für die Ausführungen und macht deutlich, dass die geschilderte Situation für die Betroffenen diesem Gremium bewusst ist und das Anliegen gehört werde.

Andreas Walter
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift